

Telekommunikation, für eine kräftige Bauwirtschaft, für eine moderne Energieversorgung und einen bedarfsgerechten Verkehr, für bessere Bildung und für einen nachhaltigen Konsum. Nur bewusste Verbraucher können sich aktiv für Fortbildung und lebenslanges Lernen engagieren. Eine nachhaltige Entwicklung von Energienutzung und Mobilität ist auf aktive Verbraucher angewiesen.

Die SPD wird sich in allen Politikbereichen stärker an einer aktiven Mitwirkung der Verbraucherinnen und Verbraucher orientieren. Die Verbraucherpolitik muss ein eigenständiger und starker Politikbereich werden, bei dem die sozialdemokratische Handschrift deutlich erkennbar ist.

- Die Bundesregierung wird aufgefordert, Handlungsgrundsätze für eine verbraucherpolitische Strategie festzulegen und umzusetzen, die Verbraucherpolitik als Querschnittsaufgabe sieht, Nachhaltigkeit zum Leitbild macht und den Schutz der öffentlichen Güter sowie mehr Demokratie und Transparenz einfordert.
- Die verbraucherpolitische Strategie der Bundestagsfraktion mit den vier Leitprinzipien wird begrüßt:
  - Verantwortung der Hersteller, des Handels und der Verbraucher,
  - ökologische, ökonomische und soziale Vorsorge,
  - Wahlfreiheit der Verbraucher
  - Partnerschaft von Anbietern und Verbrauchern im Hinblick auf die Herausforderungen der Globalisierung.

In diesen Leitprinzipien sehen wir eine geeignete Grundlage zur Konkretisierung und Umsetzung einer aktiven Verbraucherpolitik und:

- beauftragen die Kommission Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft beim Parteivorstand, ihre Arbeit mit Nachdruck fortzusetzen und sich dabei an den obigen Grundsätzen sowie der verbraucherpolitischen Strategie der Bundestagsfraktion zu orientieren,
- regen an, dass sich alle Parteigliederungen und parteinahen Institutionen mit den Anforderungen an eine moderne Verbraucherpolitik beschäftigen, denn

nur so kann die Idee einer aktiven Mitwirkungen der Verbraucherinnen und Verbraucher an der Umgestaltung unserer Gesellschaft Realität werden,

- bitten alle Mitglieder, die europapolitisch aktiv sind, dafür Sorge zu tragen, dass unsere Vorstellungen einer aktiven Verbraucherpolitik Eingang in die europäische Politik finden.

## **Antrag 299**

***Unterbezirk Düsseldorf  
(Landesverband Nordrhein-Westfalen)***

### ***Aktive Verbraucherpolitik***

Die Herausforderungen der Globalisierung und Europäisierung, der Umbruch in die Wissensgesellschaft, die immer intensiver und vielfach vernetzten Wirtschafts- und Handelsstrukturen, die Gefährdung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, das Gefälle in der sozialen Gerechtigkeit und die demografische Entwicklung stellen unsere Gesellschaft und die Politik vor große Gestaltungsaufgaben.

Die SPD begegnet diesen Herausforderungen mit dem Reformprozess der Agenda 2010, in deren Rahmen weitere Schritte notwendig werden. Eine solche Anstrengung kann nur erfolgreich werden, wenn der Prozess erweitert wird und die Bürgerinnen und Bürger an den Reformen mitmachen lässt. Die notwendige Umgestaltung zu einer nachhaltigen Entwicklung unserer Gesellschaft lässt sich nicht verordnen. Sie kann nur gelingen, wenn alle daran mitmachen.

Viele Bürgerinnen und Bürger sehen sich bei den Reformen zurzeit außen vor. Sie sind verunsichert vom Umbau, höherer Eigenverantwortung und bevorstehenden Mehrbelastungen. Sie empfinden in vielen Bereichen Verluste ihres Wohlstandes. Die Verbraucherinnen und Verbraucher haben das Gefühl, überfordert zu werden. Viele können zu wenig erkennen, dass wir uns in einer Umbruchphase befinden, um wieder mehr Gerechtigkeit zu verwirklichen und

eine breite Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger zu erreichen.

Die Antwort kann nicht darin bestehen, den Reformprozess abzubrechen oder auszusetzen. Als Regierungspartei haben wir den Auftrag, die Zukunft aktiv zu gestalten. Deshalb muss der Ansatz erweitert werden, damit wir die Kraft haben, die Zukunft gerecht zu gestalten.

Die Zukunft kann mit der heute noch vorherrschenden einseitigen Ausrichtung auf die neoliberalen Marktvorstellungen nicht erreicht werden. Nach diesen Vorstellungen sollen alle Anstrengungen der Politik der kurzfristigen Verbesserung der Investitions- und Produktionsbedingungen auf der Anbieterseite gelten. Die Nachfrageseite – sprich: der Kunde, der Verbraucher, also alle Bürgerinnen und Bürger – kommt dagegen zu kurz. Dabei sind Angebot und Nachfrage zwei Seiten einer nachhaltigen Volkswirtschaft. Sie kann nur funktionieren, wenn die Nachfrage gestärkt wird.

Deshalb muss die SPD die Verbraucher als Fundament der sozialen Marktwirtschaft wieder stärker in den Blick nehmen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat dafür mit der Konzeption „Vom Verbraucherschutz zur Verbraucherpolitik“ eine wichtige Grundlage gelegt.

### **Die SPD ist der Motor für eine aktive Verbraucherpolitik.**

Unter den sozial-liberalen Regierungen von Willy Brandt und Helmut Schmidt in den 70er-Jahren hatte der Verbraucherschutz in Deutschland eine Blütezeit. Damals standen Anke Martiny und Helmut Lenders dafür. Nach mehr als 16 Jahren Stillstand hat die rot-grüne Koalition diese Tradition wieder aufgenommen. Mit der Gründung des Ministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft hat die Bundesregierung die Weichen für mehr Verbraucherschutz gestellt und schon eine ganze Reihe verbraucherschützender Maßnahmen auf den Weg gebracht – von der großen Schuldrechtsreform bis zum Schutz vor Abzockern bei 0190er-Nummern und Dialler-Programmen.

Dies soll der Anfang einer neuen sozialdemokratischen Verbraucherpolitik sein. Wir wollen den einzelnen Verbraucher und wir wollen den Verbraucherschutz stärken – beides gehört zusammen. Unser Leitbild ist der bewusste Verbraucher, der selbst dazu beiträgt, seinen Wohlstand durch einen nachhaltigen Konsum zu gestalten. Das ersetzt keine staatlichen Vorschriften und Institutionen, aber es stärkt die Macht der Verbraucher und macht von daher mehr Selbstorganisation und Eigenverantwortung möglich. Dadurch wollen wir dazu beitragen, dass Wissenschaft und Forschung, ebenso Wirtschaft und unsere Landwirtschaft Impulse für mehr Innovationen und zu einer nachhaltigen Entwicklung bekommen.

Die Sicherung unseres Wohlstands erfordert eine starke Wirtschaft und eine entschlossene Politik. In den kommenden Jahren wird es eine zentrale Aufgabe sein, unsere Wirtschaft nachhaltig zu stärken. Das ist die Grundlage für Gemeinwohl und kommt jedem Einzelnen zugute. Dies erfordert eine zielgerichtete Stärkung der Nachfrage und der Nachfrager, also der Verbraucher. Neue, qualitativ hochstehende Produkte, hochwertige Lebensmittel und bessere Techniken lassen sich am Markt nur durchsetzen, wenn der Verbraucher sie durch seinen Konsum nachfragt. Deshalb ist eine aktive Verbraucherpolitik ein Beitrag für mehr Innovationen in unserem Land.

Für eine nachhaltige Entwicklung braucht die Wirtschaft eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Verbrauchern. Die SPD wird daher Bildung, Information und Beratung der Verbraucherinnen und Verbraucher fördern und voranbringen. Mit Kompetenz und Eigenverantwortung handelnde Nachfrager sind das Pendant zu einem leistungsfähigen Angebot. Beide können nur gemeinsam den nationalen wie internationalen Erfolg aller wirtschaftlichen Tätigkeit sicherstellen. Trotz der Interessenunterschiede lassen sich so Allianzen zwischen Unternehmen, Gewerkschaften und Verbrauchern für mehr Innovationen schmieden.

Die SPD tritt für die Stärkung der Nachfrageseite durch eine aktive Verbraucherpolitik ein. Diese ist ein eigenständiges Politikfeld

und eine Querschnittsaufgabe. Deshalb muss die Finanzierung der Verbraucherorganisationen auf eine zuverlässige und bessere Basis gestellt werden, wobei auch neue Wege in der Finanzierung der Verbraucherarbeit zu prüfen sind. Für konkrete sozialdemokratische Politik bedeutet dies:

- Wir müssen sicherstellen, dass den Verbrauchern ein umfassendes, unabhängiges und kostengünstiges Informations- und Bildungsangebot zur Verfügung steht. Nur so können wir nachhaltiges Konsumverhalten fördern.
- Die unabhängigen Verbraucherorganisationen müssen auch in Zukunft mit ausreichenden Finanzmitteln ausgestattet werden. Dazu gehört auch die bessere Präventionsarbeit in der Schulden- und Insolvenzberatung.
- Die Verbraucherrechte müssen gestärkt werden. Sonst haben die Verbraucher keinen Einfluss und keine Möglichkeiten, ihre berechtigten Anliegen gegen übermächtige Anbieterinteressen durchzusetzen.
- Konsumgüter müssen verbrauchergerechter gekennzeichnet werden. Das meint insbesondere Informationen über die Herstellungsweise und keine werbewirksamen, aber verwirrenden Anglizismen. Verbraucher müssen wissen, was in den Produkten und Verträgen „drin“ ist. Dazu gehört auch ein Verbraucherinformationsgesetz.
- Wir unterstützen die Neuordnung der Landwirtschaft. Sie ist im Interesse einer gesunden Umwelt und einer gesunden Ernährung. Sie ist ein entscheidender Beitrag für eine nachhaltige Entwicklung.
- Wir brauchen mehr Patientenrechte im Gesundheitswesen. Mit der Gesundheitsreform werden die Verbraucher mehr Eigenverantwortung übernehmen können.
- Auch im Bereich der zunehmenden privaten Sozialabsicherung geht es um die Qualität und Transparenz der Verträge. Sie müssen verbessert werden.
- Besonders in den Bereichen, die früher zur öffentlichen Daseinsvorsorge gehör-

ten und wo heute der Markt regiert, braucht der einzelne Verbraucher Orientierung und Hilfe, um sich gegenüber der organisierten Marktmacht behaupten zu können. Deshalb muss es auf dem Verkehrs-, Telekommunikations- und Energiemarkt klare Regeln geben, damit die Verbraucher nicht abgezockt werden können, die Fahrgastrechte gestärkt werden oder keine überhöhten Durchleitungsentgelte bezahlen müssen.

- In der Dienstleistungsgesellschaft von heute sind die Verbraucher immer öfter gezwungen, langfristige und oft folgenschwere Verträge abzuschließen, beispielsweise für die Altersvorsorge oder eine Baufinanzierung. Auch hier muss eine unabhängige und qualifizierte Beratung sichergestellt werden.
- Verbraucher wollen mobil sein. Wir müssen dafür sorgen, dass der öffentliche Personennahverkehr und andere kostengünstige und umweltverträgliche Alternativen zum Auto für den Verbraucher attraktiver werden.
- Verbraucheraufklärung muss verstärkt in die Bildung integriert werden, am besten im Bereich der Wirtschafts- und Soziallehre.
- Auch die Ämter und Behörden müssen kundenfreundlicher werden. Sie müssen zügig helfen und aktiver informieren.
- Mit der Verbraucherforschung müssen Theoriedefizite insbesondere bei der Nachfrageorientierung der Wirtschaftspolitik beseitigt werden.
- Der Verbraucherschutz hat die Grenzen des Nationalstaates längst hinter sich gelassen und ist Teil eines sehr stark von europäischen Vorgaben beeinflusstes Handlungsfeldes. Der Einfluss reicht von der Lebensmittelsicherheit bis zum Wettbewerbsrecht. Wir brauchen von daher eine sehr viel stärkere Verzahnung mit den Rahmenseetzungen in der EU.

Die SPD sieht in einer aktiven Verbraucherpolitik einen wichtigen Beitrag für eine erfolgreiche sozial gerechte und nachhaltige Modernisierung unserer Gesellschaft. Verbraucherinnen und Verbraucher suchen Informationen. Sie suchen Unterstützung und

sie benötigen Hilfe. Vor allem aber können sie ein wichtiger Motor für die Erneuerung unseres Landes sein. Deshalb wird die SPD den eingeschlagenen Weg mit Nachdruck weiter gehen.

### **Antrag 300**

*Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ)*

## **Reform des Rechtsberatungsgesetzes**

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, initiativ zu werden im Hinblick auf eine Novellierung des Rechtsberatungsgesetzes. Das aus dem Jahr 1935 stammende, für den Bereich der unentgeltlichen Rechtsberatung unverändert gebliebene Gesetz verbietet die geschäftsmäßige Rechtsbesorgung auch im Fall der Unentgeltlichkeit. Dieses Verbot der altruistischen (unentgeltlichen) Rechtsberatung ist nicht mehr zeitgemäß. Eine Überarbeitung des Rechtsberatungsgesetzes muss unter den folgenden Zielsetzungen erfolgen:

1. Die uneigennützig, nicht gewerbsmäßige Rechtsberatung Dritter durch Personen mit juristischer Ausbildung im Rahmen bürgerschaftlichen, insb. politischen oder sozialen Engagements wird grundsätzlich erlaubnisfrei gestellt.
2. Die rechtliche Beratung und Unterstützung Dritter durch soziale oder karitative Hilfsorganisationen (einschließlich Selbsthilfegruppen) bis hin zum Auftreten als Bevollmächtigte oder Beistand in Verwaltungsverfahren wird – klarstellend oder konstitutiv – ausdrücklich auch dann erlaubnisfrei gestellt, wenn die individuelle Beratung, Unterstützung oder Vertretung im Einzelfall den Schwerpunkt in der Rechtsberatung findet. Verfahrensrechtliche Regelungen, die das Auftreten als Bevollmächtigter oder Beistand an die Fähigkeit zum sachgerechten Vortrag knüpfen, bleiben unberührt.

3. Aufzunehmen ist eine Öffnungsklausel für die Bearbeitung und (außergerichtliche und gerichtliche) Vertretung tatsächlicher Rechtsfälle durch Studentinnen und Studenten unter Anleitung von HochschullehrerInnen im Rahmen der juristischen Ausbildung („Clinical Programs“). Folgerungen für das Gebühren(erstattungs)recht sind zu prüfen.

### **Antrag 301**

*Unterbezirk Kreis Mettmann  
(Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

## **Finanzierung der Schuldnerberatung**

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, eine Gesetzesinitiative zur bundeseinheitlichen und bedarfsgerechten Finanzierung der Schuldnerberatungen zu starten. Die Bundestagsfraktion wird ebenfalls aufgefordert zu überprüfen, wie die finanzielle Beteiligung aller Kreditinstitute und Banken sichergestellt werden kann.

### **Antrag 302**

*Unterbezirk Frankfurt am Main  
(Bezirk Hessen-Süd)*

## **Rendite bei Geldanlagen**

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Geldinstitute dazu zu verpflichten, bei Geldanlagen die tatsächliche Rendite auf das eingesetzte Kapital anzugeben, damit genaue Vergleiche zu anderen Anlagen gemacht werden können. Diese Angabe muss in dem Vertrag angegeben werden, den der Kunde/die Kundin gegenzeichnet.

# I. Angenommene und überwiesene Anträge

## *Abkürzungen:*

AG	–	Arbeitsgemeinschaft
An	–	Angenommen
Bez	–	Bezirk
BR	–	Überwiesen an Bundesregierung
BTF	–	Überwiesen an Bundestagsfraktion
BV	–	Bezirksverband
IA	–	Initiativantrag
KV	–	Kreis/ Kreisverband
LTF	–	Überwiesen an Landtagsfraktionen
LR	–	Überwiesen an Landesregierungen
LV	–	Landesverband
LO	–	Landesorganisation
OV	–	Ortsverein (Distrikt, Abteilung)
PG	–	Projektgruppe
PR	–	Parteirat
PV	–	Überwiesen an Parteivorstand
PV-A	–	Überwiesen an Parteivorstand/AD HOC Gruppe „Moderne Volks- und Mitgliederpartei“
PV-P	–	Überwiesen an Parteivorstand zur Vorbereitung Grundsatz- programm und Programmparteitag
PV-W	–	Überwiesen an Parteivorstand zur Vorbereitung Fachkonferenz „Zukunft der Wehrpflicht“
SGK	–	Überwiesen an Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik
SPD-EU	–	Überwiesen an SPD-Europaabgeordnete
SPE	–	Überwiesen an Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas
UB	–	Unterbezirk

*Angenommene Anträge sind fett gedruckt.*

# Parteitag Bochum 2003

## I. Übersicht über die angenommenen und überwiesenen Anträge

(Die angenommenen Anträge sind fett gedruckt.)

Antrag Nr.	Antragsteller	Stichwort	Entscheidung	Seite
<b>A 1</b>	<b>Parteivorstand</b>	<b>Unser Weg in die Zukunft</b>	<b>An</b>	<b>21</b>
<b>IA 6</b>		<b>Tarifautonomie</b>	<b>An</b>	<b>48</b>
<b>IA 7</b>		<b>Ausbildung für alle!</b>	<b>An</b>	<b>48</b>
<b>IA 10</b>		<b>Innovation fördern</b>	<b>An</b>	<b>51</b>
<b>IA 23</b>		<b>Leitbild Gerechtigkeit</b>	<b>An</b>	<b>53</b>
A 7	Kreis Hamburg-Nord	Soziale Gerechtigkeit	PV-P	54
A 8	Kreis Altona Ortsverein Bahrenfeld (LO Hamburg)	Soziale Gerechtigkeit	PV-P	56
A 10	OV Bremen-Buntentor (LO Bremen)	Wirtschafts- und Steuerpolitik	BTF	70
A 11	Stadtverband Lünen (LV Nordrhein- Westfalen)	Reformen mit Grundwerten	BTF/ BR	71
A 12	OV Pattensen (Bez Hannover)	Umbau und Reformen	BTF	71
A 15	UB Mülheim/ Ruhr (LV Nordrhein- Westfalen)	Positionswechsel in der Steuer- und Abgabenpolitik	PV-P	73
A 16	KV Pinneberg (LV Schleswig- Holstein)	Pflichtabgabe auf Tabak und Alkohol	BTF	75
A 18	UB Hersfeld-Rotenburg (Bez Hessen Nord)	Gegen Entsolidarisierung	BTF	76
A 19	Kreis Charlottenburg – Wilmersdorf (LV Berlin)	Perspektivantrag und Gesellschaft	PV-P	77
A 20	Abteilung Grunewald (LV Berlin)	Perspektivantrag und Gesellschaft	PV-P	77
A 22	OV Briennerviertel (LV Bayern)	Interne Streitkultur	PV	77
A 29	KV Lübeck (LV Schleswig-Holstein)	Internationaler Währungsfond	BTF	78

Antrag Nr.	Antragsteller	Stichwort	Entscheidung	Seite
A 296	AG sozialdemokratischer Frauen	Kopftuchurteil	PV/ PR	189
A 297	UB Frankfurt/ Main (Bez Hessen-Süd)	Ganztagsschulen und Ferienzeiten	Material LTF	190
<b>IA 1</b>		<b>Energiepolitische Agenda 2010</b>	<b>An</b>	<b>190</b>
<b>A 298</b>	<b>LV Schleswig-Holstein</b>	<b>Verbraucherpolitik</b>	<b>An</b>	<b>195</b>
A 299	UB Düsseldorf (LV Nordrhein-Westfalen)	Verbraucherpolitik	PV	196
A 300	AG sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen	Reform Rechtsberatungsgesetz	BTF	199
A 301	UB Kreis Mettmann (LV Nordrhein-Westfalen)	Finanzierung der Schuldnerberatung	BTF/ LTF	199
A 302	UB Frankfurt/ Main (Bez Hessen-Süd)	Rendite bei Geldanlagen	PV/ BR	199
A 303	UB Frankfurt/ Main (Bez Hessen-Süd)	Formulare zur Steuererklärung	PV/ BR	200
A 304	UB Frankfurt/ Main (Bez Hessen-Süd)	Tatsächlicher Effektivzins	PV/ BR	200
A 305	KV Pinneberg (LV Schleswig-Holstein)	LVA's und BfA zusammenlegen	BTF/ BR	200
A 306	KV Böblingen (LV Baden-Württemberg)	Tabakwerbung	BR	200
A 307	KV Mannheim (LV Baden-Württemberg)	Präimplantationsdiagnostik	BTF	200
A 308	UB München (LV Bayern)	AIDS-Prävention	BR	200
A 309	KV Berchtesgadener Land (LV Bayern)	Organspende	BTF/ BR	201
A 311	OV Schwerin-Südstadt (LV Mecklenburg-Vorpommern)	Alkohol im Straßenverkehr	BTF	201
<b>A 312</b>	<b>OV Leiferde (Bez Braunschweig)</b>	<b>Sprache von Anträgen</b>	<b>An</b>	<b>201</b>
<b>IA 9</b>		<b>Elektronische Abstimmungs- maschinen</b>	<b>An</b>	<b>201</b>
A 313	UB Werra-Meißner (Bez Hessen-Nord)	Umgestaltung des Vorwärts (1. Satz)	PV	201



# Parteitag der SPD in Bochum

17. bis 19. November 2003

**Beschlüsse**

Das Wichtige tun.



**SPD**